

«Die Gefahr ist gross, dass Fake-Videos Pädophile zu reellen Übergriffen verleiten»

Der Psychiater Henning Hachtel unterstützt die Nulltoleranz-Haltung des Bundesgerichts

Ein Mann verschickt über seinen Instagram-Account ein Video, auf dem ein vorpubertär wirkendes Mädchen einen Mann oral befriedigt. Doch in Wirklichkeit handelt es sich um eine erwachsene Pornodarstellerin, die mit einem Filter viel jünger gemacht wurde. Ist das legal? Nein, hielt das Bundesgericht in einem kürzlich publizierten Urteil fest: Es gelte, die Konsumenten vor der korrumptierenden Wirkung solcher Erzeugnisse zu schützen.

Doch wie sieht das aus therapeutischer Sicht aus? Kaum jemand in der Schweiz kennt sich mit Kinderpornografie und den Abgründen der Pädophilie besser aus als Henning Hachtel. Der Psychiater ist Direktor der Klinik für forensische Psychiatrie in Basel. Und damit auch verantwortlich für ein seit Jahren bestehendes Programm, das sich an Personen richtet, die sich von Kindern sexuell angezogen fühlen.

Herr Hachtel, begrüssen Sie das Urteil des Bundesgerichts?

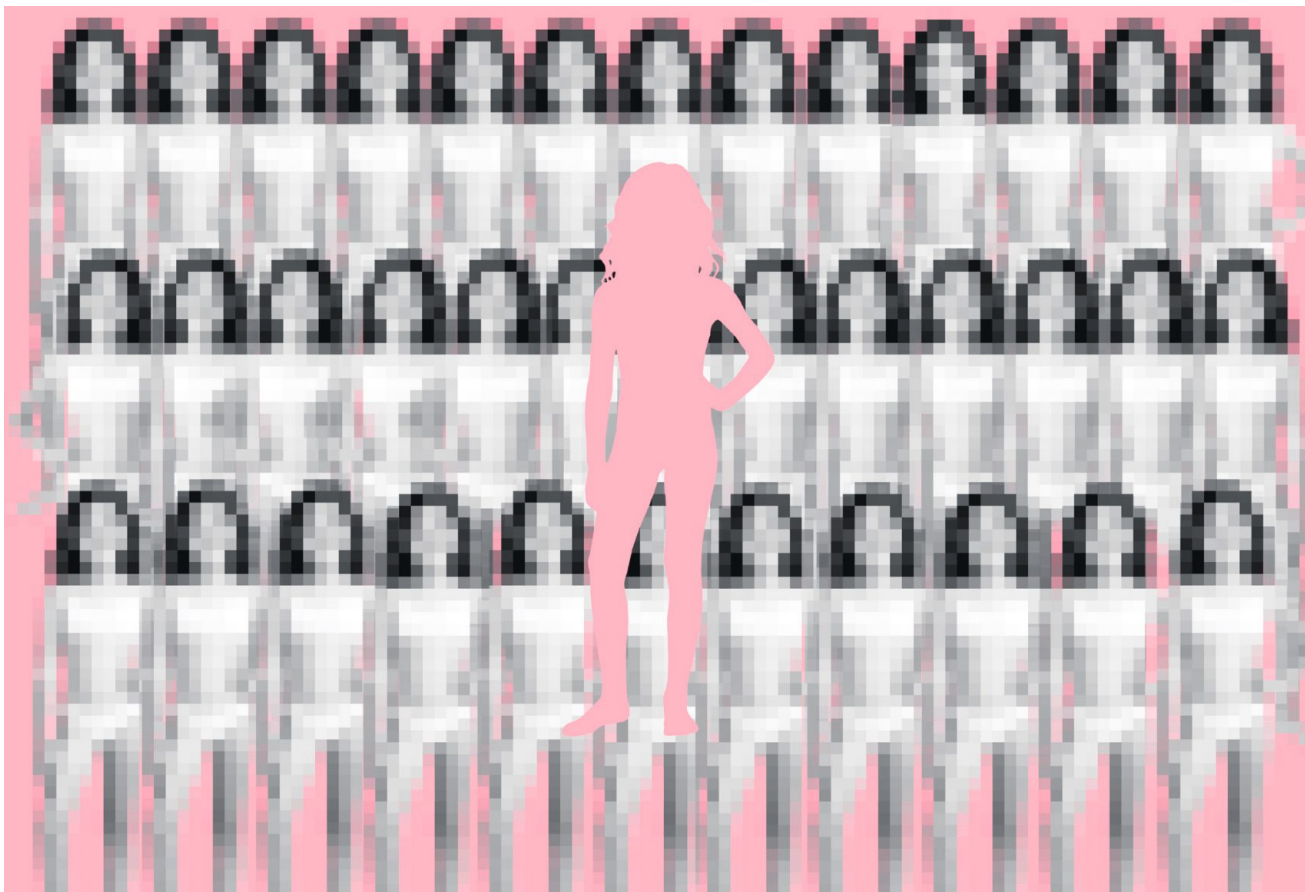
Ja, es war absolut nötig. Hätte man diesen Film für legal erklärt, führte dies zu einem Dammbbruch. Solches Material würde dann massenhaft hergestellt und wäre für ein breites Publikum verfügbar.

Was wären die Folgen davon?

Es ist nicht so, dass «normale» Menschen pädophil werden, wenn sie kinderpornografische Inhalte zu sehen bekommen. Aber jene, die eine solche Neigung haben, suchen in der Regel im Internet nach einschlägigem Material. Wenn sie fündig werden, kann es sie dazu verleiten, in der realen Welt einen Übergriff auf Kinder oder Jugendliche zu begehen. So weit geht nur ein kleiner Teil der pädophil veranlagten Personen. Aber wir müssen alles unternehmen, um das Risiko zu minimieren – und da ist die Verfügbarkeit entscheidend.

Kommen Pädophile nicht ohnehin an solche Filme und Bilder heran?

Natürlich gibt es im Darknet und in gewissen Chatgruppen ein so grosses Angebot, dass es für die Strafverfolgungsbehörden und die Wissenschaft kaum möglich ist, sich einen Überblick zu verschaffen. Aber die Nutzer wissen im Allgemeinen, dass das illegal ist und dass Ermittler versuchen, ihre Aktivitäten zu unterbinden. Das ist eine Hemmschwelle,



Kinderpornografische Darstellungen sind strafbar, auch wenn sie mit künstlicher Intelligenz hergestellt sind. ILLUSTRATION SIMON TANNER/NZZ

die sinken würde, wenn gewisse Deepfakes offiziell gebilligt würden mit dem Argument, dass da ja niemand zu Schaden komme. Es wäre zudem für die Behörden enorm schwierig, zwischen echter Kinderpornografie und KI-generierten Inhalten zu unterscheiden.

Also ist es besser, gleich alles zu verbieten? Ja. Zumal KI-generiertes Material hyperrealistisch ist, anders als kinderpornografische Comics oder Animationsfilme, die ebenfalls zu Recht verboten sind.

Könnte die «Scheinkinderpornografie» nicht ein pragmatischer Weg für Pädophile sein, ihre Triebe auszuleben, ohne dass es Opfer gibt?

Eine Art Ventil? Wir würden das nicht empfehlen. Es gibt keine wissenschaftliche Evidenz, dass dies präventiv wirksam wäre. Die Gefahr, dass auch der Konsum von Fake-Videos zu einem realen Übergriff führt, ist bei vulnerablen Personen zu

gross – also bei denjenigen, die verschiedene Risikofaktoren auf sich vereinen.

Wer sind diese potenziellen Täter?

Es sind oft Personen, die Probleme mit der Empathie und der Emotionswahrnehmung sowie grundsätzlich ein dysfunktionales Sexualverhalten haben. Wir behandeln an unserer Klinik auch solche Personen, die freiwillig zu uns kommen. Sie leiden sehr unter ihrer pädosexuellen Präferenz und wollen nicht zu Tätern werden.

Wie schafft man es, sie von Übergriffen abzuhalten?

Es gibt verschiedene Ebenen der Prävention. Bei Personen, die sich bereits an Minderjährigen vergangen haben, setzen wir vor allem auf Psychotherapie und medikamentöse Behandlungen, um Rückfälle zu vermeiden. Es ist wichtig, diese Leute eng zu begleiten, wenn sie ihre Strafe verbüsst haben. Denn wir

wissen, dass juristische Massnahmen kaum präventive Wirkung haben.

Und was machen Sie mit jenen, die bis jetzt nicht übergriffig geworden sind?

Bei ihnen versuchen wir vor allem, die Risikofaktoren zu identifizieren und anzugehen sowie Bewältigungsstrategien zu entwickeln. Damit sie ihre Sexualität ausleben können, ohne ins illegale abzurutschen. Dabei gehen wir sehr individuell vor. Wir können uns beispielsweise mit einem Patienten darauf einigen, dass er einen Prospekt für Kinderbademode als Masturbationsvorlage benutzen kann. Es sind schwierige Themen, wir bewegen uns oft in einem Graubereich. Dies kann bei entsprechendem Risikoprofil auch bedeuten, dass ein Patient seine Sexualität nicht ausleben kann.

Derzeit gibt es einen Skandal um Elon Musks KI-Chatbot Grok: Dieser erzeugt auf der Plattform X Unmengen

an sexualisierten Fake-Bildern, auch von Minderjährigen.

Alle Technologien haben ein Missbrauchspotenzial. Als Gesellschaft müssen wir da Limiten setzen. Ich frage mich auch, was die Idee dahinter ist, andere Leute lächerlich zu machen oder sie zu sexualisieren – gerade wenn man dies mit Bildern von Kindern oder Jugendlichen macht.

Und was ist Ihre Antwort darauf?

Es mag eine Mischung aus einem spielerischen Ausprobieren und einer Lust am Tabubruch sein. Aber man muss auch berücksichtigen, dass laut einer deutschen Online-Umfrage rund 4 Prozent der Männer sexuelle Phantasien mit Präpubertierenden haben, neben ande-



«Dieses Urteil war absolut nötig.»

Henning Hachtel
Direktor der Klinik für forensische Psychiatrie, Basel

ren Phantasien. Diese Gruppe ist weit grösser als jene der Kernpädophilen, die sich ausschliesslich von präpubertären Kindern sexuell angezogen fühlen und die rund 1 Prozent der Gesellschaft ausmachen.

Anders als in den siebziger oder achtziger Jahren herrscht heute in der Gesellschaft ein sehr breiter Konsens, dass Sex mit Kindern und Jugendlichen tabu sein muss. Könnte sich das auch wieder ändern?

Ich glaube nicht, und ich hoffe es auch nicht. Es gibt rote Linien, und diese dürfen nicht überschritten werden – etwa, dass sich ein Erwachsener mit sexuellen Absichten einer 12-Jährigen nähert. Missbrauchserlebnisse in der Kindheit und in der Adoleszenz können zu Depressionen und posttraumatischen Belastungsstörungen führen oder schwere psychische Erkrankungen wie Bipolarität und Schizophrenie begünstigen. Betroffene haben zudem später oft Schwierigkeiten, gesunde Beziehungen zu führen, und sie leiden an einem angeschlagenen Selbstvertrauen. Kindheit und Jugend sind daher kritische Zeiträume, die es zu schützen gilt.

Interview: Simon Hehli

Die Zukunft des Felslabors Mont Terri bleibt ungewiss

Die Verhandlungen über die weitere Finanzierung der Forschungsanlage für nukleare Abfälle dauern an – eine Schliessung ist nicht vorgesehen

ANNEGRET MATHARI, GENÈVE

Im letzten Mai gab das Bundesamt für Landestopografie Swisstopo bekannt, dass es sich Ende 2026 als Betreiber des Felslabors Mont Terri im Kanton Jura zurückziehen will. Es erforscht die Lagerung von radioaktiven Abfällen und Kohlendioxid. Als Grund nannte Swisstopo den Sparauftrag des Bundesrats durch das Entlastungspaket 27. Die Einsparungen betragen rund zwei Millionen Franken pro Jahr.

Der Kanton Jura kritisierte den «rein budgetorientierten Ansatz». Die Entscheidung gefährde eine Forschungsinfrastruktur von internationalem Rang. Zudem sei der Jura vom Bund ohne Vorankündigung informiert worden, obwohl seit über 15 Jahren eine Partnerschaftvereinbarung bestehe und damit das Recht auf Anhörung des Kantons. In dem Abkommen von 2009 akzeptierte der Jura den weiteren Betrieb des Labors unter der Bedingung, dass der Bund Betreiber ist und dort kein radioaktiver Abfall gelagert wird. Der Kanton hatte mit den Sondermülldeponien in Saint-Ursanne und Bonfol schlechte Erfahrungen gemacht.

Die Unabhängigkeit des Betriebs sei entscheidend für die Sicherheit von Infrastrukturen wie dem Autobahntunnel Mont Terri und der Umwelt, sagt der jurassische Umweltdirektor Jean-Paul Lachat (Mitte).

Suche nach neuer Trägerschaft

Seit Juni verhandelt Swisstopo mit den 22 Partnerorganisationen des Labors aus zehn Ländern über ein Nachfolgemodell für die Trägerschaft. Doch als im September noch kein Vorschlag vorlag, befürchtete unter anderem der Kanton Zürich die Schliessung des Labors. Mit dem Wegfall dieses Forschungspfeilers wäre demnach die Sicherheit des in Stadel im Zürcher Unterland geplanten Atommülllagers gefährdet. Die Kantone Zürich, Aargau und Schaffhausen forderten den Bundesrat auf, den Entscheid zu annullieren.

Im Felslabor befindet sich dasselbe Sedimentgestein wie in Stadel: Opalinuston. Daher herrschen Bedingungen wie im künftigen Tiefenlager. Das Mont-Terri-Projekt ist weltweit das einzige Untergrundlabor im nuklearen Bereich, das unabhängig von Tiefenlagerbetreibern oder

nuklearen Aufsichtsbehörden besteht. Thomas Flüeler, Forschungsbeauftragter an der ETH und Experte der Begleitkommission des Labors, bezeichnet daher den Sparauftrag des Bundesrats als «sehr kurz-sichtig» – aus wissenschaftlicher und umweltpolitischer Sicht sowie aus Gründen der Akzeptanz. Fragen wie die Stollenversiegelung oder die Rückholbarkeit radioaktiver Abfälle müssten im Mont Terri getestet werden. Das Labor besteht seit 1996 unter Leitung von Swisstopo. Bis Mitte 2024 haben die Partnerorganisationen 120 Millionen Franken investiert. Zu den jährlichen Betriebskosten von drei Millionen Franken tragen die Forschungspartner 600 000 Franken bei, den Rest finanziert Swisstopo. Die Partner übernehmen zudem die Kosten von drei Millionen Franken für die Experimente.

Bis Ende 2025 wollte Swisstopo eine Nachfolgelösung vorlegen. Doch die Verhandlungen mit den Partnern dauern länger und sollen nun Ende März beendet sein. Eine Schliessung des Felslabors steht aber nicht zur Debatte, wie ein Swisstopo-Sprecher auf Anfrage versichert.

Der Kanton Jura will weiter Druck machen. Die Regierung stehe in Kontakt mit

Amtskollegen, insbesondere in Zürich, um eine Lösung für die Zukunft des Labors zu finden, sagt Lachat. Seit Swisstopo seine Absicht bekanntgab, sich zurückzuziehen, habe die Regierung die zuständigen Stellen beim Bund sowie VBS-Vorsteher Martin Pfister kontaktiert.

Zu viel Geschirr zerschlagen?

In einer Motion fordert der jurassische Mitte-Ständerat Charles Juillard vom Bundesrat, dafür zu sorgen, dass der Betrieb des Felslabors weiterhin durch den Bund gewährleistet wird. In einem Kontext, in dem der Bundesrat die Aufhebung des Verbots neuer Kernkraftwerke in Betracht ziehe und sich eine nationale Regelung für die CO₂-Speicherung abzeichne, scheine der einseitige Entscheid von Swisstopo diesen Trends zu widersprechen, heisst es in der Motion. Juillard fordert den Bundesrat auf, «alle möglichen Optionen für die Übernahme der Leitung und Kontrolle des Labors durch eine andere Bundesstelle oder eine Eidgenössische Technische Hochschule zu prüfen».

Das in der Motion erwähnte Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat

Ensi kommt als Aufsichtsbehörde kaum infrage. Die anderen beiden Bundesstellen, das Bundesamt für Umwelt und das Bundesamt für Energie, hielten sich bisher in der Diskussion zurück. Die Nagra führt im Mont Terri Experimente durch und möchte ebenfalls, dass das Labor weiter von einer staatlichen Stelle betrieben wird. Damit wäre die Unabhängigkeit der Forschungsergebnisse gewährleistet, sagte ein Sprecher im September.

Nach Angaben von Swisstopo wurde in den bisherigen Gesprächen mit allen Partnern der Wunsch geäussert, dass der Bund Träger bleibe. Der bevorzugte Plan ist, dass Swisstopo Betreiber bleibt und die Schweizer Forschungspartner (finanziell) stärker einbezogen werden, wie der Swisstopo-Direktor Fridolin Wicki Ende Dezember der Zeitung «Le Temps» sagte.

Doch aus Sicht von Flüeler wurde zu viel Geschirr zerschlagen. Aufgrund des aggressiven Vorgehens von Swisstopo – ohne Rücksprache mit dem Jura und dem Mont-Terri-Forschungsteam – sei der Verbleib des Labors beim Bundesamt nicht sinnvoll. Wie andere Akteure fände Flüeler eine unabhängige Trägerschaft im ETH-Bereich ideal.